

? *Herr Wagner, das Internet-Unternehmen Google will ein paar Straßen und Häuser fotografieren - na und, was ist denn schon dabei?*

Mathias Wagner: Oh, es geht schließlich um nicht mehr und nicht weniger als um Persönlichkeitsrechte von Menschen. Jeder etwa hat das Recht am eigenen Bild - und es wird sicher nicht allen Leuten recht sein, wenn sie im privaten Umfeld im Internet zu sehen sein werden. Deswegen sollten sie zum einen darüber informiert sein, dass sie von Google fotografiert werden, zum anderen sollten sie aber auch wissen, dass sie gegen eine solche Abbildung Widerspruch einlegen können.

? *Worin sehen Sie denn die Hauptgefahren dieses umstrittenen „Google Street-View-Projekts“?*



Wagner: Es besteht immerhin die Gefahr, dass Persönlichkeitsrechte und Datenschutzbestimmungen verletzt werden. Es werden Menschen fotografiert, aber auch Autokennzeichen. Stellen Sie sich vor, es wird jemand dabei abgelichtet, wie er zum Beispiel gerade eine Drogenberatungs-

stelle betritt, seinen Wagen vor einer Behörde parkt oder sich mit anderen Menschen trifft.

Google muss sich an seine Verpflichtung halten, die Persönlichkeitsphäre der Menschen zu schützen und Gesichter oder Autokennzeichen zu pixeln, also unkenntlich zu machen.

? *Sie fordern vom Land eine Informationskampagne zum Widerspruchsrecht - reicht denn das angesichts der Datenmenge, die Google da sammeln will?*

Wagner: Zum einem müssen Land, Kreise und auch Kommunen auch ein Auge auf die Abbildungen ihrer eigenen Immobilien im Internet haben. Sie müssen darauf achten, dass die Rechte der Menschen nicht verletzt werden, wenn sie etwa öffentliche Gebäude betreten. Zum anderen erwar-

te ich vom Land, aber auch den Kreisen oder den Städten und Gemeinden den Service, dass sie den Menschen klipp und klar sagen, dass sie das Recht haben, Widerspruch gegen nicht gewollte Veröffentlichungen einlegen zu können.

Thema des Tages

Dass es nicht zu Verstößen gegen Persönlichkeitsrechte kommt, dafür muss Google garantieren. Aus dieser Verpflichtung möchte ich das Unternehmen auch nicht entlassen, es ist ja eine Vereinbarung der Datenschutzbeauftragten und daran hat sich der Internet-Konzern auch bitte zu halten.

Mathias Wagner ist Landtagsabgeordneter der Grünen und Wahlkreismitglied im Wahlkreis 22 Oberlahn. (kbi)

■ Bericht Seite 1

■ Meinung und Analyse